

Privatbesuch von Johannes Rau bei Bischof Schönherr

19. Februar 1981

Information Nr. 81/81 über den Privatbesuch des Ministerpräsidenten des Rheinlandes und Mitglied der Rheinischen Kirchenleitung, Rau, Johannes, und des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Immer, Karl, bei Bischof Schönherr (Hauptstadt Berlin) am 14. und 15. Februar 1981

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3111, Bl. 1-5 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Verner, Bellmann – MfS: Mittig, Leiter HA XX, ZAIG/1, Ablage.

Dem MfS wurden streng intern bemerkenswerte Einzelheiten über den Verlauf des privaten Besuchs von Ministerpräsident *Rau*¹ und Präses *Immer*,² die am 14. und 15. Februar 1981 auf Einladung von Bischof *Schönherr*³ in der DDR weilten, bekannt.⁴

Die Einreise erfolgte am 14. Februar 1981 und wurde verbunden mit einem Besuch des Bischofs der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, *Krusche*.⁵ Außer allgemeinen persönlichen Fragen seien folgende Probleme mit politischem Inhalt erörtert worden:

Bischof *Krusche* habe *Rau* und *Immer* Vorhaltungen darüber gemacht, dass sie zu wenig gegen die durch die BRD in Verbindung mit den USA betriebene Hochrüstung unternehmen würden. Es fehle seitens der Kirche und der Regierung der BRD eine klare Position zur Herstellung und Stationierung der Neutronenwaffe, die absolut unsinnig sei. Dies würde die Lage in Europa weiter verschärfen, und es sei erforderlich, etwas dagegen zu tun.

Krusche habe weiter die in der DDR von ihm unterstützte Jugendarbeit hinsichtlich des Friedensdienstes geschildert.⁶ Er habe seine Gesprächspartner aufgefordert, stärker pazifistische Positionen zu beziehen. Ministerpräsident *Rau* und Präses *Immer* hätten dazu eine übereinstimmende Haltung bezogen. Ein Kampf um Frieden ohne Waffen sei illusionär. *Rau* habe dargelegt, dass es im Rheinland einige Städte gebe, in denen die Mehrheit der Jugendlichen Wehrdienstverweigerer sei. Dadurch entstünden Sorgen für die Bundeswehr, besonders hinsichtlich des Offiziersnachwuchses.

Bei den Gesprächen mit Bischof *Schönherr* in Berlin zeigte sich *Rau* sehr interessiert an der Einschätzung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der DDR. Bischof *Schönherr* habe dazu Darlegungen gemacht, welche die reale Situation widerspiegeln und keine Angriffe gegen die DDR enthielten.

Zur Lage in der VR Polen brachte *Rau* gegenüber *Schönherr* zum Ausdruck, er habe ebenso wie Bischof *Schönherr* Interesse daran, dass sich die Verhältnisse in der VR Polen beruhigen. Nach den Ausführungen von *Rau* würde die BRD ökonomisch sehr viel für die VR Polen tun, was »verdeckt« geschehe. Es würden erhebliche Beträge »über bestimmte Kanäle« (welche sagte er nicht) der Regierung der VR Polen gutgeschrieben. Das Interesse von *Rau* sei identisch mit der Führung der SPD, und es ginge darum, im Interesse der Entspannungspolitik in Europa die Situation in der VR Polen zu stabilisieren. Der neue Ministerpräsident *Jaruzelski*⁷ sei »die letzte Instanz vor einem Chaos oder Bürgerkrieg«. ⁸ Sollte *Jaruzelski* die Situation in der VR Polen nicht in den Griff bekommen, dann bliebe der Sowjetunion keine andere Wahl, dann müsste sie eingreifen. Nach der Auffassung von *Rau* sei die Sowjetunion jedoch an einem Eingreifen nicht interessiert. *Rau* sagte weiter, er sei nicht sehr glücklich darüber, dass *Wałęsa*⁹ die BRD besuchen wolle und beabsichtige, nach Düsseldorf zu kommen. *Rau* führte weiter aus, durch die Wahl des neuen Präsidenten der USA, *Reagan*, sei eine Phase mit Komplikationen in der Welt, besonders hinsichtlich der Politik in Europa, eingetreten. Die Regierung der BRD müsse sich in dieser Situation Spielraum lassen, denn die USA hätten Interesse daran, die BRD »an die Leine zu legen«. Die BRD sei deshalb an weiteren bilateralen Zusammenkünften mit den verschiedenen Regierungen Europas interessiert. Sie sei dazu gezwungen, da die USA ihrerseits durch bilaterale Beratungen bestimmte Verbindungen unterlaufe.

Der neue USA-Präsident *Reagan* sei »besser als sein Image«. Gegenwärtig würde er allerdings zu sehr seinen Expertenberatern und Ministern vertrauen. Er habe keinen politisch ausgewogenen exponierten Standpunkt. Bundeskanzler *Schmidt* sei in seinem Verhältnis zum neuen USA-Präsidenten noch unsicher und habe die Absicht, abwartend und zurückhaltend zu agieren.

Abschließend wurde bei Bischof *Schönherr* das sogenannte Gastarbeiterproblem in der BRD erörtert, und *Rau* machte dazu Ausführungen, die sich auf die Kompliziertheit des Umgangs mit den türkischen Gastarbeitern bezogen.

Nach dem Besuch bei Bischof *Krusche* wurde auf der Weiterfahrt die Stadt Wittenberg aufgesucht. In Wittenberg erfolgte eine Besichtigung der Schlosskirche und der »Paul-Gerhardt-Stiftung«. Die Führung durch diese Einrichtung erfolgte durch Propst *Treu*¹⁰ (Wittenberg). Außerdem war der Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Sachsen-Anhalt, *Natho*,¹¹ anwesend.

Rau und *Immer* zeigten sich beeindruckt von den in Wittenberg geplanten Bauvorhaben anlässlich des Luther-Jubiläums und von der großen Anzahl der in der »Paul-Gerhardt-Stiftung« ausgebildeten Krankenschwestern sowie von den niedrigeren Aufenthaltskosten für Kranke.

Am 15. Februar 1981 gab der Staatssekretär für Kirchenfragen, Genosse *Gysi*,¹² im Johannishof ein Frühstück.

Nach einem Gespräch mit Genossen *Gysi* besuchten *Rau* und *Immer* den Berliner Dom und kamen dann im Hospiz, Auguststraße, zu einem Imbiss zusammen. Hier äußerte *Rau*, *Gysi* sei »ein angenehmer Gesprächspartner«, mit dem er sehr gut zurechtgekommen wäre. Er brachte zum Ausdruck, viele in leitenden Positionen der BRD tätige Personen würden sich solche Gespräche wünschen.

Des Weiteren hatte *Rau* ein etwa 10-minütiges Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, *Bölling*.¹³ Danach begaben sich *Rau* und *Immer* nach Potsdam, Cecilienhof, wo sie mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres, *Seelinger*, zu einem Mittagessen zusammentrafen und die Gedenkstätte im Cecilienhof¹⁴ sowie die Nikolaikirche besuchten. Am 15. Februar 1981 reisten beide gegen 18.00 Uhr nach Berlin (West) aus.

Wie weiter intern bekannt wurde, habe der als Privatbesuch deklarierte Aufenthalt von *Rau* und *Immer* beiden dazu gedient, sich nach ihren Aussagen »vor Ort« exakt über die Verhältnisse in der DDR zu informieren, sich eine eigene Meinung zu bilden und mit dem Besuch ihr Image in ihren staatlichen bzw. kirchlichen Funktionen aufzuwerten.

Rau trat insgesamt zurückhaltend auf und war mitunter in seinen Äußerungen befangen. Er betonte mehrfach, dass seine Ansicht die der Führung der SPD in der BRD sei und mit ihr abgesprochen wäre.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1

Johannes Rau, Jg. 1931, 1978–98 nicht Ministerpräsident des Rheinlandes, sondern von Nordrhein-Westfalen, 1999–2005 Bundespräsident.

2

Karl Immer, Jg. 1916, 1971–81 Präses der evangelischen Kirche im Rheinland. Ihm folgte am 22.2.1981 Gerhard Brandt, Jg. 1921, als neuer Präses der evangelischen Kirche im Rheinland.

3

Albrecht Schönherr, Jg. 1911, evangelischer Pfarrer, 1963 Superintendent des Sprengels Eberswalde, 1967–72, nach Einreiseverweigerung für Bischof Scharf durch die DDR-Behörden, Verwalter des Bischofsamtes Ostberlin und Brandenburg, 1969–81 Vorsitzender des BEK, 1972–81 Bischof der Region Ost der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

4

Zum Besuch von Ministerpräsident Rau und Präses Immer vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Berlin, Frankfurt/M. 1995, S. 437–439.

5

Werner Krusche, Jg. 1917, Pfarrer, 1968–83 Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, 1981–83 Vorsitzender des BEK.

6

Unterstützt von den Bürgerrechtlern und Pastoren Christoph Wonneberger und Rainer Eppelmann forderten 1981 mehrere Hundert Jugendliche einen Sozialen Friedensdienst (SoFd) als Alternative zum Wehrdienst in der NVA auch in der DDR einzuführen. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 2000, S. 389 f.

7

Wojciech Jaruzelski, Jg. 1923, polnischer kommunistischer Militär, 1956 General, 1968–83 Verteidigungsminister, seit Februar 1981 Ministerpräsident, seit Oktober 1981 Erster Sekretär des ZK der PVAP vom 13.12.1981 bis zum Ende des Kriegsrechts am 22.7.1983 stand er dem »Militärrat der Nationalen Rettung« (Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego, WRON) vor.

8

Am 9.2.1981 fand das 8. Plenum des ZK der PVAP statt. Dort wurde der glücklose Premierminister Józef Pińkowski, Jg. 1929, durch den bisherigen Verteidigungsminister, Armeegeneral Wojciech Jaruzelski, Jg. 1923, ersetzt. Jaruzelski, seit 1971 Mitglied des Politbüros, schlug

als erste Maßnahme 90 streikfreie Tage vor, »um die dringendsten sozialen Fragen, [...] die Umsetzung eines Programms zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes sowie eine weitreichende Wirtschaftsreform in Angriff nehmen zu können«. Gleichzeitig erklärte er mit großer Entschiedenheit, »dass die Regierung die verfassungsmäßige Pflicht hat, die Systemwerte unseres Staates zu verteidigen, dass die Volksmacht über ausreichende Kräfte verfügt, um denjenigen und den Prozessen den Weg zu versperren, [...] die die Konterrevolution anstreben«. Vgl. Trybuna Ludu v. 13.2.1981.

9

Lech Wałęsa, Jg. 1943, Elektriker und Streikführer, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Solidarność, 1983 Friedensnobelpreis, 1990–95 Staatspräsident Polens.

10

Hans Treu, Jg. 1933, Pfarrer, 1976–97 Propst in Wittenberg.

11

Eberhard Natho, Jg. 1932, evangelischer Pfarrer, 1970–94 Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts, 1979–82 Vorsitzender des Rates der EKV.

12

Klaus Gysi, Jg. 1912, 1957–66 Leiter des Aufbau Verlages, 1966–73 Minister für Kultur, 1979–88 Staatssekretär für Kirchenfragen.

13

Klaus Bölling, Jg. 1928, 1974–81 Regierungssprecher, 1981–82 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin.

14

Bekannt wurde das Schloss Cecilienhof als Tagungsort der Potsdamer Konferenz, die hier im August 1945 stattfand.